

Wir alle können uns für eine Gesellschaft einsetzen, die gleiche Rechte für alle und ein Leben in Freiheit, Vielfalt und Frieden ermöglicht – für uns, unsere Kinder und Enkelkinder.



Was können wir tun?

- **Wir können für Menschenrechte und Demokratie eintreten!**
- **Wir können unser Wahlrecht ausüben!**
- **Wir können uns politisch engagieren!**
- **Wir können für Initiativen spenden, die sich für Menschenrechte einsetzen!**
- **Wir können uns bei seriösen Quellen informieren!**



Gerne möchte ich unterstützen
oder mitmachen.
Weitere Informationen unter
www.omasgegenrechtsstuttgart.de

Die OMAS GEGEN RECHTS setzen sich für Demokratie und Menschenrechte ein. Sie sind eine zivilgesellschaftliche, partei-unabhängige Bürgerinitiative. Diese wurde 2017 in Österreich gegründet. 2018 entstanden die OMAS GEGEN RECHTS in Deutschland. Bundesweit gibt es rund 300 Regionalgruppen, davon etwa 40 in Baden-Württemberg.

Der Verein OMAS GEGEN RECHTS DEUTSCHLAND e.V. ist nicht als gemeinnützig anerkannt. Er erhält deshalb auch keine institutionelle Förderung aus Steuermitteln, sondern finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Alle Mitglieder, einschließlich des Vorstands, engagieren sich ehrenamtlich ohne Vergütung.

Quellen:

1. Bundestag, Drucksache 19/4810
2. AfD-Bundestagswahlprogramm 2025, S. 159
3. Bundestag, Drucksache 20/9743
4. AfD-Bundestagswahlprogramm 2025, S. 56ff
5. ZEW Mannheim, Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2025: Finanzielle Auswirkungen
6. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-verfassungsschutz-rechtsextrem-100.html> (abgerufen am 3.8.2025)
7. Bundeskriminalamt, Pressemitteilung vom 20.05.2025
8. Bundestag, Drucksachen 21/575 und 21/576

V.i.S.d.P.: OMAS GEGEN RECHTS Deutschland e.V.,
Zwingerweg 3, 72202 Nagold, Anna Ohnweiler



„Seid Menschen.

Wir sind alle gleich, es gibt kein christliches, muslimisches, jüdisches Blut. Es gibt nur menschliches Blut.“

Margot Friedländer, Holocaustüberlebende



Wir haben die Wahl!

Am 8. März 2026 sind Landtagswahlen in Baden-Württemberg

Seit 2016 sitzt die AfD im Landtag von Baden-Württemberg. **17** der 154 Landtagsabgeordneten gehören der AfD an.

Sie machen aus ihrer Verachtung von Demokratie und Rechtsstaat kein Geheimnis.

Wir alle können dazu beitragen, dass die AfD ihre Sitze verliert.



Wir OMAS GEGEN RECHTS wollen

■ **Menschenrechte für alle**

„Die Würde des Menschen ist unantastbar...“ lautet Artikel 1 des Grundgesetzes.

Bei Kundgebungen, Parteitagen und auch im Parlament verunglimpfen AfD-Politiker Minderheiten und fordern, deren Rechte einzuschränken.

- Die AfD hat im Bundestag beantragt, die gleichgeschlechtliche Ehe abzuschaffen. (1)
- Die AfD lehnt gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen ab. (2)

- Die AfD will das Asylrecht drastisch einschränken. (3)

■ **Soziale Gerechtigkeit**

In ihrem Bundestagswahlprogramm versprach die AfD Steuersenkungen. (4)

Davon würden vor allem die Reichsten profitieren. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim hat berechnet: (5)

- Eine Alleinverdiener-Familie mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 180.000 Euro brutto hätte nach den AfD-Plänen 19.185 Euro jährlich mehr zur Verfügung.
- Eine Alleinverdiener-Familie mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 40.000 Euro brutto hätte pro Jahr 443 Euro weniger als bisher.
- Das Bürgergeld will die AfD kürzen, Sozialwohnungen abschaffen.

■ **Innere Sicherheit**

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die **AfD im Mai 2025 als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft.**

Die Partei klagt dagegen – bis eine Entscheidung gefallen ist, wird sie weiter als Verdachtsfall behandelt. (6)

- **Hass und Hetze führen nachweislich zu immer mehr rechtsextremer Gewalt.**
- Im vergangenen Jahr hat das Bundeskriminalamt 1488 rechtsextremistische Gewalttaten registriert, 17 Prozent mehr als 2023.
- Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten in Deutschland insgesamt stieg um 48 Prozent auf 42.788. Das sind 117 Straftaten pro Tag. (7)

■ **Eine lebenswerte Umwelt**

Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel. **Sie hat im Juli 2025 im Bundestag beantragt, die Gesetze zum Klimaschutz abzuschaffen und die internationalen Vereinbarungen aufzukündigen.** (8)

- Sie will zurück zur Kernenergie.
- Sie lehnt erneuerbare Energien ab.
- Sie will Investitionen in den Klimaschutz streichen.